

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Montag, 08.02.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Michael Ehbrecht - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Herr Karl Grziwa - CDU

Vertretung für: Frau Friederike Harlfinger

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Budde -

Herr Arnim Graßhoff -

Frau Christine Wolnik -

Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand des Behindertenbeirat

Herr Norbert Velten - Sprecher ABW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Claudia Barget – FB 50

Frau Marion Becker – FB 50

Frau Birgitt Glaser – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Herr Lucas Kupfer – FB 50
Herr Ron Dießner – FB 50
Frau Michaela Springhorn – FB 65

Abwesend

Mitglieder

Frau Friederike Harlfinger - CDU	entschuldigt
Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung von Niederschriften | |
| 2.1 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2015 | |
| 2.2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2015 | |
| 3 | Flüchtlingssituation | |
| 3.1 | Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A)
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 16-01505 |
| 4 | Haushalt 2016 / Investitionsprogramm 2015 - 2019 | 16-01452 |
| 5 | Braunschweiger Bürgerhaushalt | 16-01515 |
| 6 | Mitteilungen | |
| 6.1 | Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept | 16-01397 |
| 6.2 | Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündi-
gungssperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen | 16-01457 |
| 7 | Anträge | |
| 8 | Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie schlägt vor die Mitteilung unter TOP I.6.1 „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig – Konzept“ im Anschluss an den TOP 3 zu behandeln, weil zu der Thematik auch Hausanträge vorliegen, die dadurch berührt seien.

Der Änderung der Tagesordnung wird entsprechend des Vorschlages von Ratsfrau Schütze zugestimmt.

2. Genehmigung von Niederschriften

2.1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2015

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

2.2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2015

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

3. Flüchtlingssituation

Frau Springhorn stellt die Flüchtlingsunterbringung in Modulbauweise vor und beantwortet im Anschluss die Nachfragen.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Dr. Hanke berichtet zur derzeitigen Flüchtlingssituation, dass die Sporthalle Naumburgstraße in dieser Woche voll belegt sein wird. Ab nächste Woche erfolge dann die Unterbringung in der Sporthalle in Watenbüttel. Die Halle der Nibelungen-Realschule werde derzeit für die weitere Unterbringung vorbereitet. Parallel dazu werden geeignete Standorte für die Errichtung von Leichtbauhallen gesucht. Die Verwaltung werde kurzfristig die Gremien zum Sachstand informieren.

3.1. Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A) Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

16-01505

Die Vorlage wurde ohne weitere Wortbeiträge beschlossen.

Beschluss:

„Dem o.a. Investitionsvorhaben wird gemäß den vorliegenden Plänen zugestimmt. Die Kosten für die Errichtung von drei Wohnkuben an drei Standorten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 02.02.2016 auf insgesamt 9.304.800 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

Die Stellungnahme zu Anfrage Nr. 11 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt im Vorfeld der Beschlussfassung über die Einzelanträge vor, die Anträge Nr. 121 und Nr. 122 vorzuziehen, weil die Beschlussfassung Auswirkungen auf die weiteren Anträge haben könnte.

Ratsherr Merfort erklärt für die CDU-Fraktion, dass seine Fraktion aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage einer Ausweitung der Haushaltsansätze mit Ausnahme der Ansatzveränderungen der Verwaltung generell nicht zustimmen werde,.

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anträgen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen. Die Anträge zu denen eine gesonderte Aussprache im Ausschuss erfolgt ist sind nachfolgend protokolliert.

Anträge Nr. 121 und 122 - Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich

Ratsfrau Schütze legt dar, dass die SPD-Fraktion ein Aussetzen der Dynamisierung für das Jahr 2016 befürworte, für die Folgejahre 2017 und 2018 solle neu bewertet werden, ob eine Dynamisierung erfolgen könne. Auf Hinweis von Ratsherrn Sommerfeld reicht Ratsfrau Schütze nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung folgenden Änderungsantrag ein:

"Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltslage die Dynamisierung neu bewertet."

Der Änderungsantrag wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5; Nein: 4; Enth.: 2

Die Abstimmungsergebnisse zu den Anträgen Nr. 121 und 122 sind den beigefügten Listen zu entnehmen.

Antrag - StBezR 321 "Forum älter werden"

Herr Klockgether erläutert, dass das Forum älter werden aus dem Budget des Seniorenbüros in den vergangenen Jahren unterstützt wurde. Eine Veränderung dieser Unterstützung sei für 2016 nicht vorgesehen.

Der Antrag des StBezR 321 wird damit als erledigt angesehen.

Antrag - Nr. 49 "Braunschweiger Mobilticket ausweiten"

Der Ausschuss hat aus sozialpolitischer Sicht ein grundsätzliches Interesse an der Ausweitung der Nutzungszeiten, er bittet deshalb möglichst bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25. Februar 2016 um Prüfung der Auswirkungen für eine ganztägige Nutzung aber alternativ auch für eine Veränderung der Nutzungszeiten ab 8:00 Uhr. Parallel dazu wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Einbeziehung des Zweckverbandes bzw. eine Genehmigung für die Ausweitung des Mobiltickets erforderlich wäre.

Anträge - Nr. 86, 87 und StBezR 310

Ratsherr Rosenbaum bittet den Antrag Nr. 86 hinsichtlich des Betrages an die übrigen Anträge auf eine Erhöhung von 27.900 € anzupassen.

Anträge Nr. 93 - 95

Ratsherr Merfort verweist auf einen Antrag seiner Fraktion zum Thema "Wettbürosteuer", dessen Ergebnis Einfluss auf die Entscheidung der CDU-Fraktion habe. Die CDU-Fraktion werde sich aus diesem Grunde bei der Abstimmung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit enthalten.

Antrag Nr 137

Frau Dr. Hanke führt ergänzend aus, dass der Haushaltsansatz des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit für Schönheitsreparaturen vorwiegend für die Wohnungsloseneinrichtungen und Altentagesstätten verwandt wurde. Hierbei handele es sich um Renovierungskosten.

Ratsfrau Schütze beantragt die Gesamtvorlage passieren zu lassen. Ratsherr Rosenbaum plädiert für eine Abstimmung.

Der Antrag zum „passieren lassen“ wird darauf hin wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3; Nein: 3; Enth.: 4

Im Anschluss daran wird die Vorlage zum Haushalt 2016 wie folgt beschlossen:

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.
2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2016 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit - wie in der dem Rat der Stadt am 28.12.2015 übersandten geänderten Zuschussliste aufgeführt- (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2015 -2019 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1; Nein: 0; Enth.: 9

5. Braunschweiger Bürgerhaushalt

16-01515

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Vorschlags-Nummern sind in der Anlage 1 beigelegt.

Vorschlags-Nr. 2332

Ratsfrau Schütze schlägt vor, die Anregung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) aufzugreifen. Ratsherr Grziwa erläutert, dass diese Anregung bereits im Zusammenhang mit ISEK beachtet wurde. Ratsherr Sommerfeld weist auf die Notwendigkeit einer Begegnungsstätte im Stadtteil Heidberg hin. Herr Klockgether teilt mit, dass im Rahmen des Stadtteilprojekts „Heidberg Aktiv“ ein ständiger Kontakt bestehe und Lösungsmöglichkeiten geprüft würden.

Vorschlags-Nr. 2354

Der Ausschuss sieht den Vorschlag durch das in der Sitzung vorgelegte Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (16-01397) als erledigt an.

Vorschlags-Nr. 2890

Ratsherr Grziwa weist auf den Dienstleistungsgedanken hin und könnte sich eine Pilotphase vorstellen.

Herr Klockgether erläutert, dass eine Umsetzung nicht kostenneutral zu erreichen wäre und verweist auf die Möglichkeiten der Terminvergaben. Für weitere Öffnungszeiten müsste zusätzlich der Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Herr Velten teilt die Auffassung der Verwaltung und bestätigt, dass Terminvereinbarungen zielführender seien.

Der Fachbereich Soziales und Gesundheit werde Kontakt zu dem betroffenen Bürger aufnehmen.

Beschluss:

Über die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegenden Bürgerhaushalts-Vorschläge wird abgestimmt wie in der Anlage 2 vermerkt. Die Anlage samt Einzelabstimmungsergebnissen ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10; Nein: 0; Enth.: 0

6. Mitteilungen

6.1. Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept 16-01397

Der Ausschuss begrüßt das Konzept Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig.

Die Mitteilung wird nach der Beantwortung verschiedener Nachfragen zur Kenntnis genommen.

6.2. Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündigungssperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen 16-01457

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

8. Anfragen

Es liegen keine Anträge oder Anfragen vor.

gez.
Merfort
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin

Haushaltslesung 2016 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirke

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsanatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss
-----	--------------------------------------	--	----------------------------

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

Anfragen/Anregungen

11	1.31.35/7.10	Zuschuss Tagesstreff GLU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>In den letzten Jahren wurden an die DWB für den Tagesstreff GLU konstante Zuschüsse in Höhe von jeweils 75.500 € aus den Mitteln des Fachbereiches 50 - Soziales und Gesundheit gezahlt. Das bedeutet, dass der Tagesstreff GLU bislang nicht von der vom Rat beschlossenen Dynamisierung der Zuschüsse in diesem Bereich profitiert.</p> <p>Zum Haushalt 2016 hat die DWB einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse gestellt, der aus unserer Sicht finanziell im Rahmen der für andere Zuschussempfänger geltenden Dynamisierung liegt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund fragen wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus welchem Grund wurde die DWB bei den Zuschüssen zum Tagesstreff GLU bislang aus der Dynamisierung ausgeschlossen? 2. Gibt es formale, rechtliche oder vertragliche Gründe, die gegen eine Aufnahme des Tagesstreff GLU in die Dynamisierung sprechen? 3. Plant die Verwaltung, den Tagesstreff GLU in Zukunft ebenfalls bei Dynamisierung zu berücksichtigen?
----	--------------	--------------------------	---------------------------	--

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antwort siehe Mitteilungen

finanzunwirksame Anträge

33	alle	Piraten	Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten diese vorhanden sind. Begründung: Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.	Beschlussvorschlag: Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2017 mit drei Ist-Werten erfolgen – sofern diese vorhanden sind.
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				dafür: <u>passieren lassen</u>
				dagegen: Enthaltungen:

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 In €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2016		2017		2018				2019	
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Ref 0120 - Stadtentwicklung und Statistik															
15		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		795.000											
043	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	DIE LINKE	Keine Beteiligung an "eHealth-Metropolregion" Da dieses Projekt keine Vorteile für die Stadt Braunschweig und den öffentlichen Gesundheitsbereich in Braunschweig erkennen lässt, sollte darauf verzichtet werden. Außerdem beteiligt sich innerhalb der Metropolregion, mit Ausnahme der Stadt Göttingen, keine andere Gebietskörperschaft an diesem zweifelhaften Projekt.										dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
							65.000			65.000			65.000		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis						dagegen:		passieren lassen							
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen															
		Diverse													
049	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	BIBS	Braunschweiger Mobilität ausweiten Die Benutzung des BS Mobilitickets soll künftig ganztägig möglich sein und nicht erst ab 9 Uhr.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis						dagegen:		passieren lassen							
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit															
18		Transferaufwendungen		121.068.900											
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321	Forum Älter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Begleitung des Forums "Älter werden im Stadtbezirk Lehnndorf-Watenbüttel" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis						dagegen:		wird nach mt. Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet							
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis						dafür:									

Haushaltslesung 2016

Enthaltungen: 15/00/10

Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

[illegible]

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019		
096	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD											einmalig für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis - dafür:															
097	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN			7	4	0						dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Pro familia - (Projekt "Teens plus Babies") Die Zuschüsse für dieses sinnvolle und in dieser Form in Braunschweig einmalige Beratungsangebot wurden in den letzten Jahren jeweils nur einmalig bewilligt. In Zukunft sollen die Zuschüsse dauerhaft gezahlt und in die Dynamisierung aufgenommen werden.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis - dafür:															
098	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS			4	4	3						dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Pro familia (Projekt "Teens plus Babies") Seit einigen Jahren bietet die Pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt dauerhafte städtische Förderung erhalten.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis - dafür:															
099	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS			4	4	3						dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Verein für sexuelle Emanzipation e.V. (VSE) Der VSE ist die Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans. Intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere Betätigungsfelder, in denen der Verein noch nicht ausreichend aktiv ist.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis - dafür:															
						2	9	0							
Pro familia - (Projekt "Teens plus Babies") Die Zuschüsse für dieses sinnvolle und in dieser Form in Braunschweig einmalige Beratungsangebot wurden in den letzten Jahren jeweils nur einmalig bewilligt. In Zukunft sollen die Zuschüsse dauerhaft gezahlt und in die Dynamisierung aufgenommen werden.															

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 In €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019	2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Gesamtstädtisch													

"Änderungsantrag des SPD - Fraktion:

"Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltslage die Dynamisierung neu bewertet."

Abstimmungsergebnis: dafür: 5 dagegen: 4 Enthaltungen: 2

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2016		2017		2018			2019		Dauer
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Stellenplananträge															
	diverse														
150	1.31.3154.10	Unterbringung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			<p>Schaffung einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe</p> <p>Gemäß eines Vorschlages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Abschlussbericht unterbreitet hat, soll in Braunschweig eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe eingerichtet werden, in der alle Aufgaben der Wohnraumvermittlung gebündelt werden, mit denen gerade Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen).</p> <p>Hierfür ist zum einen eine Personalstelle erforderlich, deren Aufgabe im Wesentlichen in der Akquise geeigneter Wohnungen liegt. Zum anderen ist diese Stelle mit entsprechenden Sachmitteln auszustatten, um Vermietlerzuschüsse zahlen zu können und Marketingmaßnahmen durchführen zu können.</p> <p>Insgesamt sind hierfür pro Jahr 200.000 € in den Haushaltsplan einzustellen. Da diese Stelle aller Voraussicht nach frühestens gegen Ende des ersten Halbjahres 2016 besetzt werden kann, reduzieren sich die notwendigen Mittel für das Jahr 2016 auf einen Betrag von 100.000 €.</p> <p>Nach wie vor bekommen besonders Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt die angespannte Situation auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt besonders deutlich zu spüren. Das Bündnis für Wohnen hat dies erkannt und in seinem Abschlussbericht mit der Forderung nach einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe eine Möglichkeit aufgezeigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.</p>								dauerh.	<p>Eine Aufteilung der im Antrag genannten Sach- bzw. Personalkosten erfolgt im Laufe der Haushaltsberatungen.</p>
						7	+ 100.000			+ 200.000			+ 200.000		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				7		dagegen:		4		Enthaltungen:		0			

Haushaltslesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Bemerkungen
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend											
sonstige Projekte											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender			-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	
137	diverse		Piratenpartei								
			bisher	10.269.100	7.167.300	786.300	768.300	772.900	774.300		Reduzierung der Haushaltsmittel für Schönheitsreparaturen stadtwweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €)
			neu	8.669.100	7.167.300	386.300	368.300	372.900	374.300		Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um jährlich 10 % gekürzt worden.
			Veränderung	-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis											
dafür: 0 dagegen: 11 Enthaltungen: 0											

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsanzahl- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 In €		Veränderungen In €								Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016		2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
				-	1.617.400	-	1.935.000	0	0	0	0	0	0	
102		Sozialleistungen			- 1.617.400	- 1.927.400								einmalig diverse Sachkonten
Beim Sozial-Einkommensteuern III-Zeichner sich anhand der aktuellen Verluste saldiert ein Kinderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.														
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis: dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0														
103		diverse												einmalig diverse Sachkonten
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets prozentuale Reduzierung über diverse PSP-Elemente														
					- 107.600									
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis: dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0														
1		Steuern und ähnliche Abgaben		5.661.200	4.917.300	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0	- 943.900	0	
104	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung												dauereh. 103210 Ausgleichsleistungen des Landes (Grundversicherung)
neu					- 943.900	-	943.900	-	943.900	-	943.900	-	943.900	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0														

Haushaltsleistung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Hinweis der Verwaltung bei Abstimmung im AfSG

Nr.	Teilhaushalt-Zelle, Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung, Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €						Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017		
2		Zuwendungen und allgemeine Umlagen		18.290.000	18.219.600	70.400	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
105	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung				120.400										dauerh.	319110 Leistungsabf. für Unterkr.+Heiz. Arbeitssuchende
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
106	1.31.3128.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung														dauerh.	319110 Leistungsabf. für Unterkr.+Heiz. Arbeitssuchende
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
7		Kostenerstattungen und Kostenumlagen		92.812.100	92.813.500	201.400	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
107	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz				201.400	0	0	0	0	0	0	0	0	0	dauerh.	348110 Erstattung v. Land
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
18		Transferaufwendungen		113.514.500	113.465.300	0	0	49.200	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
108	Diverse															dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
109	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz				44.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
110	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege				0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis				10 dagegen:				0 Enthaltungen:				0					
AfSG				(-19.400)				4.500									

Hinweis der Verwaltung an AfSG: In der Liste der Ansatzveränderungen ist versehentlich ein falscher Betrag angegeben. Richtigerweise müsste unter der laufenden Nummer 110 eine Aufwandsreduzierung von 4.500 € ausgewiesen werden. Eine Anpassung des Betrages in der Liste wird zum FPA erfolgen.

FB 20 schlug vor, im Ausschuss für Soziales und Gesundheit mündlich darauf hinzuweisen und über den Betrag in Höhe von 4.500 € abstimmen zu lassen.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis

dagegen:

Enthaltungen:

erledigt durch Beschluss zum Änderungsantrag (M. 121/122)

zu Nr. 121 + 122
SPD-Fraktion

Haushaltsfassung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeträge)

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu	2016 Erträge	2016 Aufwendungen	2017 Erträge	2017 Aufwendungen	2018 Erträge	2018 Aufwendungen	2019 Erträge	2019 Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		84.606.400	84.531.200	0	- 75.200	0	324.800	0	324.800	0	324.800		
111	1.21.2431.01	Sonstige schulische Aufgaben FB 50												dauerh.	444130 Unfallversicherung
Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge werden gegenüber 2015 um durchschnittlich 14,521% steigen; siehe hierzu auch lfd. Nr. 117 und 118.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
112	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung												dauerh.	446110 Leistungsbet. f. Unterh. + Heiz. Arbeitsst.
Entlastung SOB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Minderaufwand aufgrund von Fallrückmeldung (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierende Mindererträge siehe lfd. Nr. 105)															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
113	1.31.3122.10	Eingliederungsleistungen												dauerh.	446120 Beteil.Letz.Eingl.Arbeits.Betr.+Berat.
Umsetzung der Mittel für das Kombi-Projekt psychosoziale Betreuung SGB II zum Teilhaushalt FB 20 (Projektdurchführung durch die VHS Arbeit und Beruf)															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
114	1.31.3123.10	Einmalige Leistungen												dauerh.	446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitsst.
Mehrbelastung SOB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der Beihilfen/ Darlehen															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
115	1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II												dauerh.	446130 Beteiligung bei 1x-Leist. an Arbeitsst.
Mehrbelastung SOB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der Bu-Leistungen (Korrespondierende Mehrerträge siehe lfd. Nr. 106)															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
116	1.31.3125.10	Verwalt. d. Grundsich. f. Arb. suchende												dauerh.	445910 Erstattung an übrige Bereiche
Mehrbelastung kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter - Anpassung der Erstattung nach aktuellen Erkenntnissen															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
117	1.31.3518.10	Sozialversicherungsangelegenheiten												dauerh.	444130 Unfallversicherung
Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge der Beitragsgruppe "Allgemeine UV" weisen eine leichte Entlastung von ca. 2,89 % auf; siehe hierzu auch lfd. Nr. 111.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															
118	1.36.3651.01	Tageseinrichtungen für Kinder FB 50												dauerh.	444130 Unfallversicherung
Die Höhe der Zahlungen an den Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband richtet sich nach von dort festgelegten Messzahlen. Die von der Stadt Braunschweig zu zahlenden Beiträge werden gegenüber 2015 um durchschnittlich 14,521% steigen; siehe hierzu auch lfd. Nr. 111.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0															

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbudgets)

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		Veränderungen in €				2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Alle Teilhaushalte																
	Diverse				0	0	0	564.500	0	1.129.000	0	1.693.500				
160	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)											dauerh.	diverse Sachkonten
								564.500		1.129.000		1.693.500				
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 10 dagegen: 1 Enthaltungen: 0																

Haushaltslesung 2016

Seite 1

Haushaltslesung 2016

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Plannsatz 2016 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands						
				beher	neu	2016		2017		2018		2019									
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen								
	18	Transferaufwendungen		113.514.500	122.951.000	0	9.446.500	0	12.599.300	0	12.599.300	0	12.599.300								
8	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz					+	9.446.500		+	12.599.300		+	12.599.300	dauerh.	433940 Sonstige soziale Leistungen AG					
Aufnahme und Betreuung von ca. 1.000 Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. großen Wohnheimen: Für 2016 wurden Kosten für durchschnittlich 750 Asylbewerber zugrunde gelegt, da Zuweisungen vorstärkt am Jahresanfang erwartet werden. Es wird von einem jährlichen Aufwand von 15.000 € je Flüchtling ausgegangen, insgesamt von 15 Mio. € (2015 11,25 Mio. €). Der Betrag setzt sich zusammen aus dieser Position und den erhöhten Personalaufwendungen (siehe lfd. Nr. 11). Zu den im Jahr der Flüchtlingsaufnahme einzuplanenden Landeserstattungen siehe lfd. Nr. 4																					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																					
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			64.806.400	64.806.400	0	200.000	0	7.017.000	0	14.871.000	0	21.902.000								
Enthaltungen:																					
9	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung													dauerh.	446110 Leistungsbeit. f. Unterk.+Heiz. Arbeitsst. Nr. 1).					
Enthaltungen:																					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																					
10	1.31.3129.10	Vorwärt. d. Grundsch. f. Arbeitsuchende													dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche					
Enthaltungen:																					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																					
	diverse					0	2.089.500	0	2.686.700	0	2.686.700	0	2.686.700								
Enthaltungen:																					
11	diverse, insbesondere 1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz														diverse Sachkonten					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																					
12	diverse, insbesondere 1.41.4140.10	Ansatzrätlicher Dienst														diverse Sachkonten					
Enthaltungen:																					
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																					
Gesamt				(+) mehr(-) weniger		+	5.507.000	+	12.207.000	+	12.779.000	+	22.774.000	+	14.992.000	+	30.628.000	+	15.988.000	+	37.659.000
Enthaltungen:																					
(+) Entlastung(-) Belastung							+	6.700.000		+	9.995.000		+	15.935.000		+	20.671.000				

Die Anhänge Nr. 1 - 12 wurden zusammen abgestimmt:
dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Platz: 12: Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen																											
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig																							
2332	0,775	Ausgabe	45.000 €	(gesamt)																							
<p>Begegnungszentren spielen in vielen Teilen Braunschweigs bereits eine hervorragende Rolle für</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Zusammenhalt der Bevölkerung (Förderung des Dialogs zwischen den Bewohnern aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft); - das Angebot kultureller Veranstaltungen vor Ort und somit die gesellschaftliche Teilhabe; - gut zugängliche Beratungsangebote der Stadtteilbewohner sowie - die Stabilisierung der Gesundheit und für die Freizeitgestaltung für Jung und Alt. <p>Umso wichtiger erscheint es, dass möglichst alle Menschen in Braunschweig in den Genuss einer solchen örtlichen Einrichtung kommen.</p> <p>(1) Hier wird vorgeschlagen, nach einer im Jahr 2015 durch Politik und Verwaltung aufzustellenden Prioritätenliste mittelfristig die verbliebenen Stadtteile auch mit einer Begegnungsstätte zu versorgen.</p> <p>(2) Der dringendste Bedarf scheint im Stadtteil Heidberg zu liegen, in dem es vielerlei Aktivitäten von Vereinen und Organisationen gibt, die jedoch unter einem unzulänglichen Raumangebot leiden. Der Heidberg weist innerhalb Braunschweigs den höchsten Altersdurchschnitt der Stadtteilbewohner auf. In diesem Stadtteil leben prozentual mehr Einwohner mit Migrationshintergrund als im Braunschweiger Durchschnitt.</p> <p>Für 2016 wird ein Finanzbedarf von etwa 45 000 Euro gesehen.</p>																											
Stellungnahme der Verwaltung																											
Org.-Einheit(en): FB 10, FB 41, FB 50, FB 51																											
<p>Begegnungsstätten bestehen in Braunschweig in sehr unterschiedlicher Form. Angefangen von den 12 Dorfgemeinschaftshäusern, in denen Räumlichkeiten verschiedenen Nutzern aus der örtlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, über Seniorenbegegnungsstätten bis hin zu Familienzentren und sozio-kulturellen Einrichtungen wie dem Kulturpunkt West. Dementsprechend unterschiedlich sind die Konzepte und damit die Möglichkeiten, dass sich Bewohner aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft dort offen begegnen können.</p> <p>Im Grundsatz wird das Vorhandensein von Stätten der Begegnung in den jeweiligen Stadtteilen von der Stadt begrüßt. Dies setzt jedoch nicht automatisch die Einrichtung neuer Begegnungsstätten voraus. Inwieweit in einzelnen Stadtteilen inklusive und für alle Bevölkerungsgruppen offene Begegnungsstätten notwendig sind, sollte sich an den Bedarfen vor Ort orientieren (z.B. Familienzentren) und als Fragestellung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) bedacht werden, sofern nicht eine frühere Entscheidung angezeigt ist.</p> <p>Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der finanzielle Bedarf erst dann abschätzbar wäre, wenn ein genaues Konzept für das jeweilige Zentrum vorliegt.</p>																											
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX	
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																					
Einmalige Kosten																											
Laufende Kosten					XXXX																						

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		2	0	9	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 46: Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern																																				
Vorschlags-Nr.: 2354	Bewertung: 0,624	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																
Eine Alternative zum Altenheim schaffen. Gruppe von Menschen, die sich kennen, ziehen in ein Wohnhaus. Jeder mit einer eigenen Wohnung, aber mit Gemeinschaftsraum und der Maßgabe sich gegenseitig zu helfen, zu unterstützen und aufeinander zu achten.																																				
Stellungnahme der Verwaltung																																				
Org.-Einheit(en): FB 50, FB 61																																				
<p>Der Vorschlag ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, neue Wohnformen sind sinnvoll und förderwürdig. Gemeinsames Wohnen im Alter ist ein gesellschaftlicher Trend, der auch bereits im Rahmen der Altenhilfeplanung eine Rolle spielt. Ein Großteil der älteren Menschen stellt sich das Wohnen im Alter in einer „normalen“ Wohnung, der umgebauten jetzigen Wohnung, einer Wohnung mit Dienstleistungen oder mit im Haus der Kinder vor. Aber auch Seniorenresidenzen, Altenwohnheime oder Alten-Wohngemeinschaften werden als Möglichkeiten in Betracht gezogen. Die eigenständige Organisation von gemeinsamem Wohnen im Alter wird seitens der Verwaltung begrüßt.</p> <p>Menschen mit dem gleichen Interesse haben bereits in Braunschweig das Netzwerk 'Gemeinsam Wohnen Braunschweig' im Mütterzentrum Braunschweig e.V. /MehrGenerationenHaus gegründet, um Interessen auszutauschen und Informationen zu gewinnen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl an Gruppen innerhalb dieses Netzwerkes, die sich mit konkreten Objekten, wie z.B. der Suche nach Grundstücken und Immobilien beschäftigen - d.h., es geht mittlerweile um die konkrete Umsetzung von Vorhaben. Für die Wohnform „MehrGenerationen-Wohnen“ hat die Stadtplanung in der Vergangenheit bereits Angebote in einzelnen Projektgruppen unterbreitet. Dies kann ggf. auch in neuen Planungsbereichen geschehen.</p> <p>Zur weiteren Unterstützung kann die Verwaltung mit der seit einigen Jahren eigens für diesen Zweck bestehenden Projektdatetei „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ helfend beraten, nicht aber selbst die Bereitstellung entsprechender Immobilien oder entsprechendes Planungsrecht an jedem angefragten Standort realisieren.</p>																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																														
Einmalige Kosten																																				
Laufende Kosten					XXXX																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Ausschuss für Soziales und Gesundheit</td> <td>*)</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>							Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Ausschuss für Soziales und Gesundheit	*)					Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	*)																																			
Finanz- und Personalausschuss																																				
Verwaltungsausschuss																																				
Rat																																				

*) Wird als erledigt angesehen durch das Konzept „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ (Drucksache: 16-01397)

Platz: 60: Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein						
Vorschlags-Nr.: 2890	Bewertung: 0,587	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
<p>Ich bin seit 2013 ehrenamtlicher Vorsitzende im AGV 1886 Braunschweig e.V.. Ich und meine Familie sind hörgeschädigt. Wenn ich zum Sozialamt einen Antrag oder Formulare für meinen Verein oder meine Familie stellen oder abgeben muss oder wenn ich etwas fragen bzw. wissen will, muss ich dorthin fahren. Oft bin ich umsonst nachmittags zum Sozialamt gefahren. Das Sozialamt öffnet nur dreimal in der Woche von 9 Uhr bis 12.30 Uhr. Ich bin ganztags beschäftigt (8.00 Uhr bis 16.00 Uhr) und habe im Betrieb sehr viel tun. Ich kann nicht immer für den Verein meine Arbeitszeit und mein Urlaubstage opfern.</p> <p>Das Sozialamt müsste auf berufstätige Bürger Rücksicht nehmen und einmal in der Woche nachmittags von 15 Uhr bis 18 Uhr öffnen.</p>						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 50						
<p>Aus Sicht des Fachbereiches Soziales und Gesundheit haben sich die derzeitigen Öffnungszeiten - montags, mittwochs und freitags von 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr auch für Bürger mit erstmaligen Anliegen ohne vorherige Anmeldung über eine offene Sprechzeit der Auskunfts- und Beratungsstelle (Infothek) sowie die zusätzliche Öffnungszeit für den Bereich Wohngeld montags von 15:00 Uhr – 18:00 Uhr und die nachfolgend beschriebenen zeitlich nahezu unbegrenzten Möglichkeiten zur individuellen –auch sehr kurzfristig möglichen- Terminvereinbarung sehr gut bewährt.</p> <p>Für weitere Anliegen zum Wohnen sowie für laufende Fälle der sozialen Sicherung und Hilfen für Menschen mit Behinderungen haben alle Bürger und auch ihre Betreuer, Angehörigen etc. bereits jetzt die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung. Dabei werden Wünsche und Notwendigkeiten (z. B. Arbeitszeiten) nahezu ohne zeitliche Beschränkungen der Wochentage oder Uhrzeiten berücksichtigt. In Absprache mit den jeweiligen Sachbearbeitern sind sowohl Termine am (späten) Nachmittag, als auch Termine ganz früh morgens möglich. Die Terminabsprache ist kurzfristig jederzeit per Telefon oder auch Email möglich.</p> <p>Die komplette Öffnung aller Abteilungen des Hauses an einem Nachmittag in der Woche wäre ohne gleichzeitige Einschränkungen der derzeitigen Terminvereinbarungsmöglichkeiten nicht möglich und somit voraussichtlich nicht im allgemeinen Bürgerinteresse.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		0	10	1	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 03.03.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Michael Ehbrecht - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Frau Friederike Harlfinger - CDU

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff -

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand des Behindertenbeirat

Herr Norbert Velten - Sprecher ABW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether -

Frau Claudia Barget - Verwaltung

Frau Jaqueline Puls -

Abwesend

Mitglieder

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU
Herr Peter Rosenbaum - BIBS
Herr Dr. Burkhard Budde -
Frau Christine Wolnik -

ab 17:05 Uhr
ab 16:50 Uhr
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Vorstellung des Leiters der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Braunschweig, Herr Michael Lewin | |
| 3 | Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig | 16-01642 |
| 3.1 | Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig | 16-01642-01 |
| 4 | Mitteilungen | |
| 5 | Anträge | |
| 6 | Anfragen
Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB | |
| 6.1 | Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB | 16-01698 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzenden eröffnen die Sitzung, begrüßen die Anwesenden und stellen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Mitglieder vereinbaren, die Anfrage 16-01698 - Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB - unter Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

2. Vorstellung des Leiters der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Braunschweig, Herr Michael Lewin

Herr Lewin, Leiter der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB), Standort Braunschweig, stellt sich vor und erläutert die aktuelle Situation in der LAB. Zurzeit sind 1.250 Personen (ca. 50 % Frauen und Kinder) in der LAB untergebracht, deren Kapazität bei 750 Personen liegt. Die Unterbringung der über der Kapazität liegenden Flüchtlinge erfolgt in Leichtbauhallen und Wohncontainern.

Die gegenwärtige Entspannung der Flüchtlingszahlen wird dazu genutzt notwendige Sanierungsarbeiten durchzuführen.

Eine Prognose zur Entwicklung der zukünftigen Flüchtlingszahlen sei nicht möglich.

Auf Nachfrage teilt Herr Lewin mit, dass zum Schutz von Frauen diverse Maßnahmen angeboten werden, wie z. B. das Präventionsprogramm des Landes Niedersachsen, abschließbarer Sanitärbereich, Einsatz eines teilw. weiblichen Sozialdienstes und von weiblichen Sicherheitskräften.

Bis Ende März 2016 ist die Errichtung einer separaten Duschanlage für Frauen vorgesehen. Neuankommende alleinreisende Frauen werden separat untergebracht.

Der Umfang des Sicherheitsdienstes wurde trotz rückläufiger Zahlen nicht verringert.

Interkulturelle Kompetenz und Sicherheitsnachweise der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen werden im Bewerbungsverfahren gefordert.

3. Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig **16-01642**

3.1. Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig **16-01642-01**

Frau Dr. Hanke erläutert die Vorlagen zum Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig. Sie weist darauf hin, dass es sich um ein Rahmenkonzept handle, dass jederzeit den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden könne.

Anhand der beigefügten Powerpoint-Präsentation führt Herr Dybowski in die Thematik ein.

Herr Velten bezieht als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) Stellung zum Integrationskonzept von Flüchtlingen in Braunschweig. Grundsätzlich wird das Konzept positiv bewertet. Die zentrale Rolle der AGW sollte Berücksichtigung finden und engmaschig mit eingebunden werden. Seitens der AGW wird angeboten, Aufgaben zu übernehmen, für deren Durchführung zusätzliche Ressourcen zur Verfügung erforderlich seien.

Gerade im Hinblick auf die Arbeit mit Ehrenamtlichen sieht sich die AGW in besonderer Verantwortung.

Die Integration von Flüchtlingen in Braunschweig sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und solle aufgrund der besonderen Herausforderung für alle Beteiligten transparent gestaltet werden.

Frau Hugo fasst ihre Stellungnahme zusammen und hebt die besondere Situation von Frauen und Kindern hervor.

Aus der anschließenden Diskussion ergeben sich folgende inhaltliche Gesichtspunkte:

Der Betreuungsschlüssel von 1 Vollzeitstelle Sozialarbeit für 100 in Unterkünften Lebende bzw. für jeweils 1 dezentrale Einrichtung wird als zu gering eingestuft. Es sei erforderlich diesen Schlüssel an die jeweils aktuelle Situation anhand der gewonnenen Erfahrungen anzupassen.

Der derzeit zugrunde gelegte Betreuungsschlüssel resultiere aus Erkenntnissen von Pro Asyl und Erfahrungen anderer Kommunen. Die Empfehlung von Pro Asyl sieht allerdings kleinere Schlüssel vor.

Aufgrund der erheblichen Anforderungen der Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen werden Schulungen (z. B. interkulturelle Kompetenz) für unabdingbar gehalten.

Es wird angeregt Bewohner und Bewohnerinnen der Unterkünfte in das neu zu gründende Begleitgremium einzubeziehen. Denkbar wäre für jeden Standort einen Beirat und ein Beschwerdemanagement im Quartier einzurichten.

Ratsherr Sommerfeld hinterfragt die Unterbringung der Flüchtlinge im Anschluss an das

Asylverfahren im Hinblick auf die angespannte Wohnungsmarktsituation. Eine umfangreichere Planung und Baumaßnahmen seien in diesem Zusammenhang unerlässlich.

Für die Integration in den Wohnungsmarkt sei die Bleibereichtersperspektive kein ausschlaggebendes Kriterium.

Nach abgeschlossenem Asylverfahren bestehe grundsätzlich Freizügigkeit hinsichtlich der Wohnraumfrage. Der Mangel an Wohnraum und die kommunale Verpflichtung Wohnungslosigkeit zu verhindern führen voraussichtlich dazu, dass ein längeres Verweilen in den Unterkünften notwendig werde.

Spracherwerb durch Ehrenamtliche solle nur als Ergänzung auf niedrighschwelliger Ebene zum Fachpersonal angeboten werden. Die Technische Universität Braunschweig solle aufgrund ihrer Fachkompetenz zukünftig einbezogen werden.

Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass der Zugang zum Gesundheitswesen für Flüchtlinge seitens der Kommune sichergestellt sei.

Auf Nachfrage zu den unterschiedlichen Förderfonds im Integrationskonzept für Flüchtlinge wird die Verwaltung Ergänzungen zu den Vorlagen nachreichen.

Nach der inhaltlichen Diskussion zum Integrationskonzept für Flüchtlinge nehmen die Ausschussmitglieder zu den geplanten organisatorischen Veränderungen Stellung:

Ratsherr Sommerfeld stellt die Verlagerung des Büros für Migrationsfragen in eine Abteilung des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit in Frage. Er sieht in der Umorganisation eine Schwächung des Sozialreferates, insbesondere auch im Hinblick auf die Aufgaben unter Berücksichtigung des demographischen Wandels. Er spricht sich für eine Stärkung des Sozialreferates durch Zuordnung der entsprechenden Stellen aus. Im Falle einer Umstrukturierung müsste auch eine Einbeziehung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie erfolgen um die gewünschte Bündelung der Kompetenzen und Ressourcen im Dezernat zu erreichen.

Sie betont, dass durch den Wegfall des Büros für Migrationsfragen keine Schwächung des Sozialreferats erfolge. Sie sieht in der Umorganisation eine Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen. Über eine veränderte Zuordnung und Aufgaben des Sozialreferats wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Frau Dr. Hanke räumt ein, dass es aufgrund der Eilbedürftigkeit nicht möglich war alle Akteure bei der Erstellung des Integrationskonzeptes für Flüchtlinge im Vorfeld zu beteiligen.

Herr Logosu-Teko erklärt für das Haus der Kulturen Braunschweig e. V. das Einverständnis mit dem vorgelegten Integrationskonzept für Flüchtlinge.

Frau Dr. Hanke weist noch einmal darauf hin, dass das Integrationskonzept für Flüchtlinge einem sich ständig wandelnden Prozess ausgesetzt sei. Sie stellt die inhaltliche Bedeutung der Integration in den Vordergrund und hält die organisatorische Zuordnung für nachrangig.

Ratsherr Wendt weist darauf hin, dass seitens der Ausschüsse keine Möglichkeit der Einflussnahme bestehe, weil Organisationsfragen in die Entscheidungskompetenz des Oberbürgermeisters fallen.

Frau Dr. Hanke kündigt auf Wunsch eine ergänzende Darstellung zu den Integrationsmaßnahmen in den Braunschweiger Sporthallen im Rahmen einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen an.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion begrüßen das Integrationskonzept für Flüchtlinge und danken der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ja: 8; Nein: 0; Enth.: 0

4. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen **Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB**

Die Anfrage wird unter Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

6.1. Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB **16-01698**

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 16-01698-01 beantwortet.

6.1.1 Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB **16-01698-01**

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 19. Februar 2016 [16-01698] wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Im Rahmen des ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter (jobBS) des Jobcenters Braunschweig wird eine Stelle für einen mehrsprachigen Streetworker geschaffen, der im Sozialreferat, Büro für Migrationsfragen mit der Dienst- und Fachaufsicht angesiedelt werden soll. Es handelt sich um niedrighschwelliges Angebot in enger Kooperation mit den Einrichtungen und Initiativen vor Ort. Es ist deshalb geplant mit der Anlaufstelle der Initiative ART am Steinriedendamm eng zusammenzuarbeiten und für die Kontakt- und Informationsarbeit ggf. die vorhandenen Räumlichkeiten zu nutzen. Die Einstellung wird erfolgen, sobald die für die Begleitung des Einsatzes erforderlichen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, die mit der Verabschiedung des „Konzeptes zur Integration von Flüchtlingen“ bereit gestellt werden sollen.

Zu Frage 2:

Wird die Beantwortung der Verkehrs-GmbH zur Kenntnis gegeben:

„Wie in der Anfrage beschrieben hat sich auch aus Sicht der Verkehrs-GmbH die Situation in den Bussen der Linie 416 und 436 in den letzten Monaten wieder entspannt. Dies ist sicherlich einerseits auf den aktuellen Rückgang in der Belegung der LAB zurückzuführen. Die Verkehrs-GmbH hat aber auch im letzten Jahr die Linie 436 auf Gelenkbusse umgestellt um hier mehr Platz für die Fahrgäste anzubieten. Darüber hinaus gibt es tagsüber einen Bereitschaftswagen, der bei plötzlich sehr hohem Fahrgastaufkommen kurzfristig zur Verstärkung eingesetzt wird.

Neben den oben beschriebenen kurzfristigen Maßnahmen haben die Verkehr-GmbH und der ZGB als Aufgabenträger für den ÖPNV mit dem Land Niedersachsen über Kostenübernahmen zur Flüchtlingsbeförderung bzw. zur Vereinfachung der Zugänge der Geflüchteten zum ÖPNV verhandelt. In einem kürzlich mit dem Land Niedersachsen geschlossenen Vertrag sind sowohl Ausgleichzahlungen für die unentgeltliche Beförderung für die Bewohner der LAB als auch weitere Zahlungen für die Erbringung verbesserter Verkehrsangebote im Bereich der LAB geregelt.

Diese zusätzlichen Mittel versetzen uns nun in die Lage, deutlich mehr Fahrten im Bereich der LAB und Kralenriede anzubieten. Die Einführung des ausgeweiteten Angebots ist seitens der Verkehrs-GmbH zum 18.03.2016 geplant. Weitere Details zur Angebotsausweitung werden in separater Mitteilung kommuniziert. Mit dem dann verbesserten Verkehrsangebot im Bereich der LAB sollte die Auslastung in den Bussen auch bei erneut steigender Bewohnerzahl in der LAB deutlich entspannen. Die beschriebene Problematik für Senioren mit Rollator sollte dann nur noch in Ausnahmefällen auftreten.“

Zu Frage 3:

„Am 18. August 2015 erfolgte ein Ortstermin am Bienroder Weg. Ziel war es, die Möglichkeiten zur Aufstellung von Mobiltoiletten im Bereich der Supermärkte auszuloten. Im Ergebnis wurden zwei Toiletten in der Nähe der Fußgängerampel weiter südlich aufgestellt. Sie befinden sich damit in der Nähe einer kleinen parkähnlichen Fläche. Die Situation vermittelt noch eine gewisse soziale Kontrolle.

Die augenscheinlichsten Flächen stehen leider nicht zur Verfügung: Für die Parkflächen der Supermärkte wird es keine Erlaubnis der Eigentümer geben. Aus Sicherheitsgründen wurde auch der Parkstreifen im Vorfeld der Märkte von den Überlegungen ausgeschlossen. Auch die weiteren genannten Flächen stehen aus Eigentumsgründen oder weil eine Gefährdung durch den Straßenverkehr erkannt wurde nicht zur Verfügung.

Die Auswahl eines nicht erlaubten oder eines gefährlichen Standortes schließe ich aus. Im Hinblick auf das schlichte Angebot einer öffentlichen Toilette erscheint ein „Umweg“ von 250 m vertretbar.“

gez.
Merfort
Stellv.Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin